

Sächsisches und Allgemeines

3. Verordnung über die Wahl des Reichspräsidenten

Die Staatskanzlei gibt folgendes bekannt: Nach einer Mitteilung des Reichsministers des Innern hat dieser dem Reichstag vorgeschlagen, als Wahltag für die Reichspräsidentenwahl Sonntag, den 18. März 1932, zu bestimmen.

In der Voraussetzung, daß der Reichstag diesem Vorschlag entsprechend beschließen wird, werden die Gemeinden auf Ersuchen des Reichsministers des Innern angewiesen, mit der Anlegung der Stimmlisten und Nachprüfung der Stimmkarten zu beginnen.

Bei einer Wahl am 18. März wird als Frist für die Auslegung der Stimmkarten und Stimmlisten die Zeit vom 3. bis 6. März bestimmt werden.

Weitere Anordnungen werden folgen, sobald der Reichstag Beschluß gefaßt hat.

Die Winterhilfe 1931/32

Der erweiterte Landesarbeitsausschuß der Winterhilfe 1931/32 hielt unter dem Vorsitz des Staatsministers Richter eine Sitzung ab, in der ein Ueberblick über die bisher geleistete Arbeit gegeben und Maßnahmen zur weiteren Förderung durchberaten wurden. Aus dem Bericht der Zentrale der Winterhilfe ist hervorzuheben die große Förderung der Hilfsmaßnahmen durch die Gewährung von Freizugreisen für Liebesgaben durch die Reichsbahn, die Staats- und die Postkraftwagenlinien. Neben beträchtlichen Spenden von Auslandsdeutschen, die durch die Zentrale weiter geleitet wurden, sei besonders auch die große Zuzugspende der deutschen Lederfabriken erwähnt, durch die der Sächsischen Winterhilfe 70 Zentner Leder zuzulassen. Dankbar hervorzuheben ist ferner die Förderung der Hilfsmaßnahmen durch die Reichsbahn, Reichsbahn, Kraftverkehrsgesellschaft, die sächsischen Oberpostdirektionen, die Technische Rosthilfe und verschiedene Wirtschaftsverbände.

Die Vertreter der in der Winterhilfe 1931/32 vereinigten Landesarbeitsverbände der freien Wohlfahrtsvereine gaben einen Ueberblick über die von ihnen im Laufe der Winterhilfe durchgeführten Hilfsmaßnahmen: neben einer unerschöpflichen großen Zahl von Maßnahmen zur materiellen Hilfe auch mancherlei Maßnahmen zur inneren Hilfe (Freizeite, Kurse und Oelungemeinschaften für erwerbslose Jugendliche, musikalische und andere Veranstaltungen). Staatsminister Richter konnte feststellen, daß die Winterhilfe 1931/32 einen bedeutend größeren Umfang angenommen hat als die vorhergehende; besonders hob er die große Gefühlskraft aller Kreise des Volkes hervor. Als bedeutendste Leistung der Winterhilfe, die zur tatsächlichen Stärkung der Erwerbslosen, vor allem der Jugendlichen dienen. Voller hat es den Anschein, als ob die Not in den nächsten Monaten noch steigen werde, so daß die Organisationen der Winterhilfe geduldet sein würde, in der kommenden Zeit noch mit neuen Mitteln an alle die heranzutreten, die noch zu Opfern in der Lage sind.

Eine Erklärung der ärztlichen Spitzenverbände zur Neuordnung des kassenärztlichen Rechts

Die ärztlichen Spitzenverbände (Deutscher Ärzteverein und Verband der Ärzte Deutschlands (Hartmannbund)) veröffentlichen folgende Erklärung:

Die gesetzliche Neuordnung des kassenärztlichen Rechts hat die Berufsverhältnisse der Ärzte entscheidend geändert. Die Einkünfte der Kassenärzte sind in ihrer Gesamtheit fast begrenzt und von den jeweiligen Einnahmen der Krankenkassen unmittelbar abhängig gemacht worden. Gleichzeitig wurde die Zahl der Kassenärzte endgültig in ein festes Verhältnis zur Zahl der Versicherten gesetzt, das die Unterbringungsmöglichkeiten von Ärzten in der Krankenversicherung für nicht abzusehende Zeit vollständig erschöpft sind. Das bisherige Eintreten der ärztlichen Berufsverbände für Widerungen der Zulassungsvorschriften war durch besondere Gründe gerechtfertigt. Die Anwärter hatten ihr Studium unter Voraussetzungen begonnen, die die Gesetzgebung erst später zum Nachteil der Ärzte änderte. Es belanden sich unter ihnen zahlreiche Kriegsteilnehmer, und die Krankenversicherung hat noch Raum für die Beschäftigung weiterer ärztlicher Kräfte. Vor allem aber richtete sich die Beratung vorwiegend nach dem Umfang der Finanzverhältnisse der ärztlichen Hilfe, während in Zukunft allein die Zahl und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Versicherten maßgebend sind. Inzwischen ist die Wirtschaftslage der allgemeinen Bevölkerung und der sozialen Existenzbedingungen der Sozialversicherung auch über den ärztlichen Stand herabgebrochen. Ansehens dieser Entwicklung und der jetzt geltenden gesetzlichen Ordnung erklären die ärztlichen Spitzenverbände in Übereinstimmung mit dem Standpunkt des Reichsarbeitsministeriums und der Krankenkassenverbände, daß sie sich vollständig außerstande sehen, in Zukunft für weitere Erleichterungen der Zulassung zur kassenärztlichen Tätigkeit einzutreten. Eine Vermehrung der Kräfte in der Krankenversicherung über das jetzt bestehende Höchstmaß hinaus muß den wirtschaftlichen Zusammenbruch der Krankenkassen herbeiführen. An zu verstehen, halten die ärztlichen Berufsverbände im Interesse der Volksgesundheit für eine ebenso dringliche Pflicht wie ihr bisheriges Eintreten für die Wünsche des ärztlichen Nachwuchses.

98. Mehr als 2000 Entwürfe für das Reichschrenmal in Bad Varta für die Gelassenen des Weltkrieges sind von deutschen Künstlern in der letzten abgelaufenen Frist zur Einreichung abgegeben worden. Die Kommission zur Begutachtung der Entwürfe wird wahrscheinlich im März zusammentreten.



Stiftungen der Stadt Verona für das Deutsche Hygiene-Museum

Im Deutschen Hygiene-Museum in Dresden fand heute die feierliche Uebergabe der auf Veranlassung der königlich italienischen Regierung im Saale der Produktendörse in Dresden gestifteten Büste des Girolamo Fracastoro und des von der Universität Modena gestifteten Reliefs des Bernardino Ramazzini statt. Die Festrede über das Wirken dieser beiden großen Hygieniker hatte Geheimrat Prof. Dr. Sudhoff, Leipzig, übernommen.

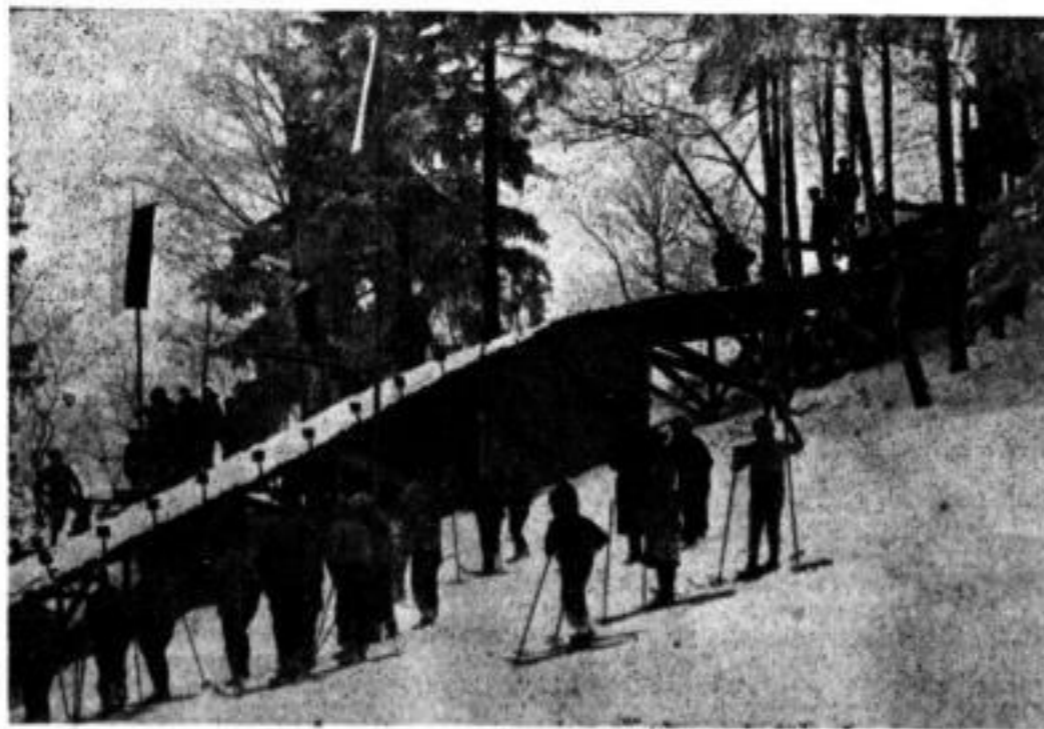
98. Hauptversammlung des Verbandes sächsischer Bezirksvereine. Der Verband sächsischer Bezirksvereine hielt am Sonntag im Saale der Produktendörse in Dresden seine Hauptversammlung ab, die vollständig unter dem Eindruck der jurchbaren Not der Gemeinden und Bezirksverbände stand. Der Verbandsvorsitzende, Bürgermeister Seidel, Neustadt, forderte auf, mit der durch die Erwerbslosenfrage eingeleiteten Sozialreform endlich zu brechen und mit der alten Selbstverwaltung auch auf finanziellen Gebiet auch der Selbstverantwortung wieder zum Leben zu verhelfen. Präsident Dr. Raumann hob die Verdienste der Bürgermeister hervor, denen es zu verdanken sei, daß die Gemeinden solange durchgehalten haben, und wies darauf hin, daß jetzt in Berlin über die entscheidende Frage der Entlastung der Gemeinden von der Wohlfahrtsfürsorge verhandelt werde. Für die Bezirksverbände sprach Amtshauptmann Dr. Sievert-Baughen. Sodann sprach der Syndikus des Verbandes der Bezirksverbände, Dr. Guba, der in einem eingehenden Referat über die gemeindliche Finanznot hervorhob, daß in den meisten Fällen die Gemeindlichen Wirtschaft und fehlerhafte Finanzverhältnisse vorgeworfen werden könne. Jocher hätten aber auch die Regierungen und ebenso die private Wirtschaft gemacht. Worauf es ankomme, sei, daß das ganze System von heute grundlegend abgeändert werde und der Finanzausgleich von den Gemeinden her ausgearbeitet werde. Im übrigen könne man die Wünsche der Gemeinden in vier Worten zusammenfassen: "Bekretung von den Wohlfahrtslasten". An Hand eingehenden Zahlenmaterials wies Dr. Guba nach, daß die Pu-

wendungen aus Reichsmitteln nicht entfernt ausreichen könnten. Mit härtestem Bestreben habe man feststellen müssen, daß Sachens Belange von der Reichsfinanzverwaltung sehr wenig berücksichtigt worden seien. Innenminister Richter habe sich stets in Berlin für die Gemeinden eingesetzt, aber dort fehle das



rechte Verhältnis für den Ernst der Lage in Sachsen. Aber auch die sächsische Regierung tue nur das, was sie gesetzlich gezwungen ist, so daß die Gemeinden und Bezirksverbände doch größtenteils auf sich selbst gestellt seien. Es könne nicht verwundern, daß die Gemeinde- und Bezirksverbände in einem chaotischen Zustande seien. Dr. Guba wies dann darauf hin, daß Reich, Länder und Gemeinden schließlich doch eine Schicksalsgemeinschaft bilden und forderte gerechte Verteilung der wenn auch knappen Mittel. Innenminister Richter bekannte sich sodann zur kommunalen Selbstverwaltung, zur verantwortungsvollen Mitarbeit aller an der Gemeindeverwaltung Interessierten. Regierung und Gesundheitsämter hätten in Berlin alles getan, was getan werden konnte und hätten auch Verständnis gefunden. Soweit es selbst Mittel habe, habe auch das Land Sachsen getan, was in seinen Kräften stand. Der Innenminister sprach sodann auch von der Regierung aus den Bürgermeistern für ihre opfervolle Arbeit seinen Dank aus. Sodann gab der Präsident des Sächsischen Gemeindetages, Dr. Raumann, einen Bericht über das Gutachten des Staatssekretärs Popitz über die Landgemeinden.

98. Halbmasken-Befragung am 21. Februar. Die Reichs- und die preussische Regierung haben beschlossen, am 21. Februar, dem vom Volksbund Deutsche Kriegsgriberfürsorge gewählten Gedenktag für die Kriegsgriber, die öffentlichen Gebäude halbmasken zu befragen. Es ist anzunehmen, daß die sächsische Regierung im gleichen Sinne sich entscheiden und in den nächsten Tagen die notwendigen Anweisungen treffen wird.



Die „Schwartzberg-Schanze“ während des Sprunglaufes am Sonntag

9,6 Prozent Lohnsenkung seit 1. Dezember

Die amtlichen Zahlen über die Durchführung der Lohnsenkung bis zum Januar 1932 liegen nunmehr vor. Nach den vorläufigen Feststellungen der amtlichen Tariflohnstatistik für den 1. Januar 1932 ist eine Senkung der Tariflohnlage im Durchschnitt aller Arbeitergruppen gegenüber dem Stande vom 1. Dezember 1931 bis 9,6 v. H. eingetreten. Die Senkung betrug im einzelnen für Facharbeiter 9,1 v. H., für angelernte Arbeiter 10,2 v. H., für Hilfsarbeiter 9,8 v. H., für weibliche Fach- und angelernte Arbeiter 11,4 Prozent, für Hilfsarbeiterinnen 11,8 Prozent. Die größere Senkung der Lohnlage für weibliche Arbeitskräfte ist darauf zurückzuführen, daß diese überwiegend in den Gewerben vertreten sind, in denen die Tariflohnsetzung vom Dezember zum Januar härter zur Auswirkung kam. Verhältnismäßig stark wirkte sich die Senkung in der papierverarbeitenden und in der chemischen Industrie aus, verhältnismäßig schwächer dagegen in der Textilindustrie.

Preiswettkochen für das Publikum

anlässlich der Gaststätten-Gewerbe-Ausstellung Dresden 1932.

Während sich die Ausstellungsarbeiten organisatorischer und technischer Art für die am 23. April in Dresden beginnende mitteldeutsche Gaststätten-Gewerbe-Ausstellung in vollem Gange befinden, beschäftigt sich ein Sonderausschuß mit der gründlichen und sorgfältigen Vorbereitung des im Rahmen der bedeutenden Ausstellung stattfindenden Preiswettkochens. Die kostenfreie Teilnahme am Preiswettkochen ist allen gestattet, die sich für befähigt halten, an dem Wettbewerb mitzuwirken. An den einzelnen Tagen sollen während der Nachmittagsstunden besondere Preiswettkochen für Hausfrauen, Köche, Köchlerinnen und Köchler, Kinder, Jugendliche und Junggeheilen um durchgeführt werden. Die mit dem Zweck des Preiswettkochens für Köchlerinnen und Köchler verbundenen Einnahmen werden der wirtschaftlich bedrängten Köchlerchaft zufließen. Die zahlreichen Anmeldungen zum Preiswettkochen aus dem Publikum beweisen, daß es sich eines starken Publikumsinteresses erfreuen darf. Der die Ausstellung durchführende Verband des Gaststättengewerbes von Dresden und Umgebung e. B. nimmt weitere Anmeldungen entgegen. Das Preiswettkochen, für das eine ganze Halle reserviert wird, wird voraussichtlich auch im Tonfilm aufgenommen werden. Mit der stark besichtigten Kochkunstausstellung wird es den Hauptausstellungsgegenstand bilden, die um so eher beachtet zu werden verdient, als sie im Freiland Sachsen innerhalb eines Zeitraumes von vier Jahren veranstaltet zu werden pflegt. Dr. Sch.

Aus dem Lande

Kunberg. Neuer Kirchenmusikdirektor. Das Landeskonsistorium ernannte den Kantor Franz Reumann zum Kirchenmusikdirektor für den hiesigen Bezirk.

Bayern. Gustav Winter als Präsidentschaftskandidat. Der bekannte Betriebsanwalt Adolf Gustav Winter aus Großjena bei Raumburg, der sich gegenwärtig in der Bayner Landesstrafanstalt befindet, wird als Kandidat für die Reichspräsidentenwahl vorgeschlagen. In Stuttgart werden seit einiger Zeit Unterschriften für diesen Wahlvorsatz gesammelt; und es sollen bereits einige hundert Unterschriften geleistet worden sein. Der Vorschlag geht von dem „Deutschen Bund Wahrheit und Recht“ aus.

Chemnitz. Fortwährend Ueberfälle auf Nationalsozialisten. Am Montagabend in der 11. Stunde wurden in der Rudolphstraße in der Nähe des Luther-Platzes zwei Nationalsozialisten von etwa 15 Andersdenkenden überfallen. Der eine Nationalsozialist erlitt erhebliche Kopfwunden, unter anderem wurden ihm die Zähne eingeschlagen. Er konnte sich in keine Wohnung begeben, während der zweite, der einen Messerstich in den Rücken erhielt, ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Die Parteizugehörigkeit der Angreifer ist noch nicht geklärt.

Hartmannsdorf. Finanznot führt zur Schließung einer Schule. Da die Gemeinde infolge der finanziellen Not nicht mehr in der Lage ist, das Feuerungsmaterial für die Schule zu beschaffen, so mußte mit Genehmigung des Bezirksrates der Schulbetrieb bis auf weiteres geschlossen werden. Er kann erst wieder aufgenommen werden, wenn die nötigen Mittel zur Verfügung stehen.

Rösigmartha. Freitod eines Blinden. Schlittschuhläufer haben Sonntag nachmittag auf dem Bälzangteich eine menschliche Hand und ein Gesicht aus der Eisdecke hervorragen und veranlaßten die Vergung der Leiche, die in die hiesige Totenhalle gebracht wurde. Es handelt sich um den im Blindenheim Rösigmartha untergebrachten geisteschwachen 20-jährigen Nordmarcherlehrling Franz, der bereits seit dem 30. November 1931 vermisst wird. Alle Nachforschungen waren bisher erfolglos. Ein Verschulden dritter Personen kommt nicht in Frage.

Leipzig. Juchender Tod eines Eisenbahners. Am Montag früh kurz vor 6 Uhr wurde auf Bahnhöf Räckmannsdorf der 30-jährige

Photo G. Weitzer, Neubauten (Oppab.)